

### Koalitionsvertrag

## Versteckt, verschoben, verzagt

Kritisch beurteilt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer den schwarz-gelben Koalitionsvertrag. „Versteckte Umverteilung von unten nach oben, verschobene, aber klar konturierte Einschnitte in die Sozialsysteme und Verzagtheit bei der Krisenbekämpfung und Krisenbewältigung“, diesen Geist atme der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag, so Sommer. Immerhin habe Merkel ihre Zusage eingehalten, Tarifautonomie, Mitbestimmung und Kündigungsschutz nicht anzutasten.

Besonders kritisierte der DGB-Vorsitzende die Koalitionsvorhaben in den Bereichen Gesundheit und Pflege. Schwarz-Gelb will unter anderem in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) eine einkommensunabhängige Kopfpauschale etablieren und den Arbeitgeberbeitrag „einfrieren“. Diese Pläne seien der „Anfang vom Ende der letzten solidarischen Versicherung in Deutschland“, so Sommer. Gerade der festgeschriebene Arbeitgeberbeitrag in der GKV Sorge dafür, dass Kostenexplosionen im Gesundheitswesen nur noch durch die Versicherten bezahlt würden.

### Was bezahlt werden muss

Ausgabensteigerung der gesetzlichen Krankenkassen, Vergleich erstes Halbjahr 2008 mit erstem Halbjahr 2009 in ausgewählten Bereichen (in Millionen Euro\*)

Stationäre Versorgung (Krankenhäuser)	1510
Ärztliche Behandlung	1100
Arzneimittel	700
Krankengeld	300
Zahnärztliche Behandlung**	170
Hilfsmittel	120
Häusliche Krankenpflege	110

\*gerundete Werte  
\*\*ohne Zahnersatz  
Quelle: BMG / AOK / eigene Berechnungen

© DGB einblick 19/09

**Um über vier Milliarden Euro sind die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen allein im ersten Halbjahr 2009 gestiegen. Da Schwarz-Gelb den Arbeitgeberbeitrag „einfrieren“ will, müssen Mehrausgaben künftig wohl durch höhere Beiträge der Versicherten bezahlt werden.**

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock hält es für „gefährlich“, dass Schwarz-Gelb sich weiter von der paritätischen Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung entfernt. Daneben bemängelt Sehrbrock, dass das Kapitel zur Wirtschaftspolitik im Koalitionsvertrag „weit entfernt“ von christdemokratischen Vorstellungen von sozialer Marktwirtschaft sei.

Auch der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, bezeichnete die Beschlüsse zur Gesund-

heitspolitik in der Stuttgarter Zeitung als „sozialen Sprengstoff, den die FDP gelegt hat“. Eine „offene Wunde“ sei die Ende 2009 auslaufende geförderte Altersteilzeit, so Huber. Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske warnte davor, dass die „Steuergeschenke“ der Koalition Bund, Ländern und Kommunen dringend benötigte finanzielle Mittel systematisch entziehen. „Mit der Aushöhlung der staatlichen Finanzbasis geraten auch die sozialen Sicherungssysteme immer mehr unter Druck“, so Bsirske.

Der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis sagte, wer allein den ArbeitnehmerInnen künftige Kostensteigerungen bei Gesundheit und Pflege aufbürden wolle, stelle „Grundprinzipien unserer bewährten Systeme sozialer Sicherheit“ infrage. Als eine „richtiges Signal“ bezeichnete Vassiliadis hingegen das Koalitionsvorhaben, 2009 und 2010 die krisenbedingten Mehrausgaben in der Sozialversicherung aus Steuermitteln zu finanzieren, „statt die Beitragszahler und Unternehmen zu belasten“. ●

## plusminusBERLIN

**+** **Heinz Riesenhuber** (CDU), ehemaliger Bundesminister für Forschung und Technologie sowie Alterspräsident des neu gewählten Bundestags, hat sich in seiner Eröffnungsrede zur 17. Legislatur gewünscht, dass wieder mehr Betriebsräte als Abgeordnete im Deutschen Bundestag sitzen.

**-** **Klaus Brähmig**, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Tourismus der Unionsfraktion, freut sich darüber, dass laut Koalitionsvertrag „Ausbildungshemmnisse im Gastgewerbe“ durch eine Lockerung des Jugendarbeitsschutzgesetzes „abgebaut werden“. Das stärke den Tourismusstandort Deutschland.

Seite 3

### Mini-Jobs statt Mindestlohn

**Wenig Lob und deutliche Kritik gab es von den Gewerkschaften für den schwarz-gelben Koalitionsvertrag. einblick wirft einen Blick auf die Details**

Seite 5

### Campus Offensive

**Viele Studierende sind bereit, sich in gewerkschaftliche Arbeit einzubringen. Das erfordert aber auch neue Strategien der Gewerkschaften**

Seite 7

### Mathe-Olympiade

**Auch ein Jahr nach dem Bildungsgipfel bietet die Bildungspolitik mehr Rechen-tricks als echte Reformen, kritisiert Matthias Anbuhl**



### Der Surf-Tipp fürs Internet

**www.nespressure.org**  
Internationale Protest-Website gegen Verletzung von Arbeitnehmerrechten bei Nestlé

### Hintergrund

**www.einblick.dgb.de/hintergrund**  
Gewerkschaftliche Stellungnahmen zur anstehenden UN-Klimakonferenz in Kopenhagen

## Mindestlöhne

### Für 100 000 Beschäftigte

Im „Trubel“ der Verhandlungen der neuen Regierungskoalition sind Ende Oktober – weitgehend unbemerkt – in drei weiteren Branchen verbindliche Mindestlöhne über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz eingeführt worden. Per Rechtsverordnung hatte das noch von Olaf Scholz (SPD) geführte Bundesministerium die Mindestentgelte für das Maler- und Lackiererhandwerk, für Großwäschereien und für Bergbauspezialarbeiten festgesetzt, die am 23. Oktober in Kraft getreten sind. Die neuen Mindestlöhne gelten nach Angaben des Ministeriums für rund 100 000 Beschäftigte. ●

Alle geltenden Mindestlöhne im Sinne des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes online: [www.einblick.dgb.de/links](http://www.einblick.dgb.de/links)

## Gewerkschaftsfrauen

### Lettland vorn

In einer Analyse zur Entwicklung der Mitgliedszahlen der Gewerkschaften in 23 europäischen Ländern hat die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound)

auch den Frauenanteil in den Arbeitnehmerorganisationen unter die Lupe genommen. In acht der untersuchten Länder sind mehr Frauen als Männer Mitglied in Gewerkschaften. In dieser Kategorie vorn liegt Lettland mit einer Frauenquote von 68 Prozent. Es folgen Estland mit über 64 Prozent und Polen mit fast 60 Prozent. Weitere Länder mit einem Frauenanteil von über 50 Prozent in Gewerkschaften: Dänemark, Finnland, Litauen, Norwegen und Schweden. Die deutschen Gewerkschaften hatten 2008 laut Eurofound eine Frauenquote von 31,8 Prozent – einbezogen wurden neben den DGB-Gewerkschaften auch die Mitgliedsverbände des Deutschen Beamtenbundes. ●

[www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)

## DGB

### Aufbau Ost

Für den DGB bleibt der „Aufbau Ost“ auch künftig eine vorrangige Aufgabe. In der Broschüre „Wie weiter mit dem Aufbau Ost?“ stellt der Bereich Struktur- und Regionalpolitik beim DGB-Bundesvorstand seine Positionen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung für Ostdeutschland vor.

[www.einblick.dgb.de/links](http://www.einblick.dgb.de/links)

## Dritter Sektor

### Experimentierfeld

Der „dritte Sektor“ der Volkswirtschaft, der Nonprofit-Sektor – Verbände, Organisationen und gemeinnützige Unternehmen – ist nicht mehr das, was er einmal war. Zu diesem Ergebnis kommt das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) in einer aktuellen Analyse: Gerade den Akteuren des dritten Sektors werde „eine starke Orientierung an Werten der Solidarität“ zugeschrieben, allerdings sei dieser Bereich inzwischen zu einem „arbeitsmarktpolitischen Experimentierfeld“ geworden. Viele

Formen irregulärer oder potenziell prekärer Beschäftigung hätten seit Mitte der 1990er Jahre in diesem Bereich drastisch zugenommen. Zu beobachten sei „ein überproportionaler Anstieg der Teilzeitbeschäftigung, eine zunehmend exzessive Befristungspraxis“ und vor allem in Ostdeutschland eine deutliche Verschiebung bei den öffentlich geförderten Beschäftigungsverhältnissen: weg von sozialversicherungspflichtigen Maßnahmen, hin zu Ein-Euro-Jobs. ●

[www.einblick.dgb.de/links](http://www.einblick.dgb.de/links)

## Investitionsstrategie

### Grünes Geld

Um Krise und Klimawandel zu überwinden, schlagen drei deutsche Forschungsinstitute eine „einheitliche Investitionsstrategie“ öffentlicher und privater Akteure vor. Mit dem Umbau des Steuersystems, einer gezielten Förderung von ökologischen Investitionen und der begleitenden Einführung eines „Finanz-TÜVs“ könne bis 2020 die Zahl der Arbeitslosen auf rund 1,5 Millionen gedrückt werden, heißt es

Für die Gewerkschaften steht fest: Um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, muss es eine deutliche Abkehr von der Niedriglohnstrategie in den neuen Bundesländern geben. Mindestlöhne, gleiche Löhne für gleiche Arbeit in Ost und West und eine innovationsgestützte Wirtschaftspolitik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet, gehören hierfür zu den tragenden Säulen, so der DGB. Die Broschüre erläutert im Detail, wie die zentralen Probleme – wie die Auswirkungen der Krise, Abwanderung und prekäre Beschäftigung – in Ostdeutschland angegangen und überwunden werden können. ●

[www.einblick.dgb.de/links](http://www.einblick.dgb.de/links)

## Finanzmärkte

### EGB fordert mehr Aufsicht

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) sieht die Vorschläge der EU-Kommission zur Finanzmarktregulierung nur als einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Das geht aus einer Entschliebung der EGB-Exekutive vom 21. Oktober hervor. Darin fordern die europäischen Gewerkschaften eine effektive Finanzmarktaufsicht und gehen über die EU-Pläne deutlich hinaus. Diese würden höchstens zu einer Art „Frühwarnsystem“ führen,

in der vom Bundesumweltministerium in Auftrag gegebenen Studie. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung (IMK), das Institut für Weltwirtschaft (IfW/Kiel) und das Potsdam-Institut für Klimaforschung (PIK) betonen darin: „Ein konsequenter Umbau der Produktionsstrukturen in Richtung Energie- und Ressourceneffizienz, Umwelttechnologie und Klimaschutz kann das durchschnittliche reale Wirtschaftswachstum auf mehr als zwei Prozent pro Jahr erhöhen.“ ●

[www.einblick.dgb.de/links](http://www.einblick.dgb.de/links)

so der EGB. Er fordert mehr verbindliche Befugnisse der geplanten europäischen Aufsichtsbehörden gegenüber nationalen Behörden, wenn diese ihren Aufsichtsverpflichtungen nicht nachkommen. ●

[www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)

## Antidiskriminierung

### „Blauer Brief“ aus Brüssel

In Deutschland wird zu wenig gegen Diskriminierung unternommen, sagt die EU-Kommission. In einer an Deutschland und Portugal gerichteten Stellungnahme vom 8. Oktober fordert die Kommission beide Mitgliedsstaaten auf, die EU-Vorschriften zum Verbot der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts in Beschäftigung und Beruf (Richtlinie 2002/73/EG) vollständig umzusetzen.

Einer Studie der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft zufolge führt zudem die Beseitigung geschlechtsspezifischer Unterschiede zu mehr Wirtschaftswachstum. EU-weit könnte so das Bruttoinlandsprodukt (BIP) maximal um 15 bis 45 Prozent gesteigert werden. In Deutschland könnte das BIP um 29 Prozent und die Beschäftigungsrate um 28 Prozent wachsen, wenn die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt verwirklicht wäre, heißt es in der Studie. ●

[www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)

### Mehr Mini-Jobs statt Mindestlöhne

Die Einschnitte bei Gesundheit und Pflege sind bereits weitgehend bekannt, ebenso wie die Erhöhung des Schonvermögens für ALG II-EmpfängerInnen auf 750 Euro pro Lebensjahr. Aber was verbirgt sich noch in den 6136 Zeilen des schwarz-gelben Koalitionsvertrags? einblick wagt einen Blick auf weitere Details.

„Einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn lehnen wir ab“, heißt es ganz klar im Vertrag. Alle bisherigen **Mindestlöhne** sollen bis Oktober 2011 evaluiert und gegebenenfalls aufgehoben werden. Neuen Mindestlöhnen über eine Allgemeinverbindlicherklärung müsste das gesamte Kabinett zustimmen – auch die FDP-MinisterInnen, die derzeit weitere Mindestlöhne strikt ablehnen. +++ Schwarz-Gelb will den **Niedriglohnssektor** ausbauen. Ziel sei es, die „Brückenfunktion“ von **Mini-Jobs** in voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu stärken. Warum die Koalition dann gleichzeitig die Grenzen für sozialversicherungsfreie Mini-Jobs erweitern will, erklärt der Vertrag nicht. Der DGB bezweifelt die Brückenfunktion der Mini-Jobs seit Längerem – und wird in dieser Auffassung durch diverse Studien bestätigt. +++ Bei **befristeten Arbeitsverhältnissen** soll eine sachgrundlose Befristung (Befristung ohne Angaben von Gründen – anders als etwa eine befristete Elternzeitvertretung) nach einem Jahr Wartezeit beim selben Arbeitgeber erneut möglich sein. Schwarz-Gelb will durch diese Wartezeit Kettenbefristungen – also die immer wieder erneuerte Befristung ein und desselben Arbeitsverhältnisses – verhindern. Die Gewerkschaften fürchten aber beispielsweise, dass größere Unternehmen die Beschäftigten für ein Jahr einfach offiziell in einem anderen Konzernbetrieb einstellen und so den ArbeitnehmerInnen dennoch Kettenarbeitsverhältnisse aufzwingen. +++ Hat Schwarz-Gelb aus der Krise gelernt? Offensichtlich nicht. Das Kapitel **Finanzmärkte**

enthält kaum Konkretes. Wenn systemrelevante Finanzinstitute in eine Schieflage geraten, soll es rechtzeitig vor einer Insolvenz möglich sein, die Banken „finanzmarktschonend“ abzuwickeln oder nachhaltig zu stabilisieren – staatlich Eingriffe sind also weiterhin möglich, nach dem Motto „Retten oder Zerschlagen“. +++ Außerdem soll es **Ratingagenturen** verboten sein, Finanzprodukte gleichzeitig zu entwickeln, zu vertreiben und zu bewerten. Schwarz-Gelb will sich zudem für eine Europäische Ratingagentur einsetzen. +++ Fehlanreize bei Finanzinstituten sollen durch **Vergütungssysteme** beseitigt werden, die sich am langfristigen Erfolg eines Unternehmens orientieren. Guter Ansatz? Die Koalition will das mit so genannten Malus-Systemen erreichen – also Gehaltsabzügen bei schlechten Geschäftszahlen. Ob das nur für Vorstand und Management oder auch für weitere Beschäftigte gelten soll, lässt der Vertragstext offen. ver.di lehnt Malus-Systeme für Bankbeschäftigte strikt ab. +++ Kein eigenständiges Gesetz, wie von den Gewerkschaften gefordert – aber immerhin ein eigenes Kapitel: Schwarz-Gelb will den **Arbeitnehmerdatenschutz** in einem eigenen Kapitel im Bundesdatenschutzgesetz ausgestalten. Verboten will Schwarz-Gelb die Verarbeitung von Daten über „für das Arbeitsverhältnis nicht relevantes außerdienstliches Verhalten“ oder nicht arbeitsrelevante Gesundheitszustände. +++ Tourismus ist der Koalition wichtiger als Arbeitsschutz von jungen Menschen. Die Ankündigung der Lockerung des **Jugendarbeitsschutz-Gesetzes** findet sich im Kapitel „Tourismus“ – so

sollen angebliche Ausbildungshemmnisse im Gastgewerbe abgebaut werden. +++ 2007 ermöglichte die Große Koalition auch in Deutschland die Gründung von **Real Estate Investment Trusts** (REITs) – also von Private-Equity-Fonds für Immobilien. Nach Protesten von DGB, Mieterbund und SPD-Linken wurden damals Wohnimmobilien, die vor 2007 gebaut wurden, vor dem Zugriff der REITs geschützt. Das will Schwarz-Gelb jetzt ändern und für die REITs „überflüssige Hemmschwellen für den deutschen Markt“ abbauen. +++ Mehr Wettbewerb ist ein Dogma der Liberalen und vieler Unions-VertreterInnen. Aber nicht, wenn es um die eigene Klientel geht. Bei **Apotheken** werde man die Auswüchse beim Versandhandel bekämpfen und lehne eine Änderung des bestehenden Mehr- und Fremdbesitzverbotes ab. +++ An die Mitbestimmung gehen Union und FDP vorerst nicht heran – den geplanten **Ehrenkodex für Betriebsräte** kann man aber getrost als kleinen Seitenhieb verstehen. Die Koalition will außerdem der Betriebsversammlung das Recht geben, die an Betriebsräte gezahlten Aufwendungen offen zu legen. +++ „Das geltende AGG werden wir im Hinblick auf einen möglichen Abbau von **Bürokratielasten** überprüfen“, heißt es im Koalitionsvertrag. Man wolle zwar aktiv gegen alle Formen von Diskriminierung vorgehen – „den ungeeigneten Entwurf der EU-Kommission zur **5. Antidiskriminierungsrichtlinie** lehnen wir allerdings ab“. +++ Ab 2013 soll es ein **Betreuungsgeld** von 150 Euro für Elternteile geben, die unter dreijährige Kinder zu Hause betreuen (**Herdprämie**). •

### Wenig Lob, viel Kritik

„Eine Reform der Erwerbsminderungsrente gehört auf die rentenpolitische Tagesordnung von Schwarz-Gelb“, hatte der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel während der laufenden Koalitionsverhandlungen gefordert. Der Koalitionsvertrag bleibt vage – eine Verbesserung der „Erwerbsminderungsschutzes“ soll geprüft werden, müsse aber kostenneutral sein.

Die GEW „registriert sehr wohl, dass die Mittel für den Bildungsbereich aufgestockt werden sollen“, erklärt ihr Vorsitzender Ulrich Thöne. Notwendig seien aber rund 40 Milliarden Euro, davon bleibe Schwarz-Gelb weit entfernt.

Zwar hatte auch die NGG eine reduzierte Mehrwertsteuer im Gastgewerbe befürwortet, die Schwarz-Gelb jetzt offenbar plant. Voraussetzung sei aber, dass auch die Beschäftigten mit fairen Löhnen davon profitieren. Die jetzt angekündigte Ausweitung des Niedriglohnssektors und die Absage an weitere Mindestlöhne sei „enttäuschend und kontraproduktiv“, so der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg.

Auch die TRANSNET-Bewertung des Koalitionsvertrags ist eher ernüchternd: „Was wir dort unter dem Stichwort Mobilität lesen, zeigt, dass es keine nachhaltige Verkehrspolitik geben soll“, so der TRANSNET-Vorsitzende Alexander Kirchner.

Berufsbildung Hamburg

## JAV bestimmt mit

Im Zuge der von der schwarz-grünen Koalition in Hamburg beschlossenen Reform des Landes-Schulgesetzes wurden auch wesentliche Verbesserungen für die Mitbestimmung von Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAVen) an den Hamburger Berufsbildenden

Anzeige

**Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz**  
 Ein Leitfaden für die arbeitsrechtliche Praxis  
 Dr. Sebastian Hopfner  
 Valerie Naumann et al.  
 3. Auflage, 2009,  
 128 S., 17 x 24 cm,  
 kart., 16,50 €  
 ISBN 978-3-89952-427-7  
[www.vvw.de](http://www.vvw.de)

Schulen durchgesetzt. Einen entsprechenden Antrag der Grünen-Fraktion hatte die Hamburgische Bürgerschaft einstimmig angenommen – die DGB-Jugend Hamburg hatte sich im Vorfeld intensiv für die Neuregelungen eingesetzt.

Von neuen JAV-Mitwirkungsrechten mit „bundesweitem Vorbildcharakter“ spricht Olaf Schwede,

Sprecher der DGB-Jugend Hamburg: Die JAVen der auszubildenden Betriebe haben laut Schulgesetz jetzt ein „Anwesenheits-, Antrags- und Initiativrecht“ bei Entscheidungsprozessen zu zentralen Fragen der beruflichen Bildung. Dazu gehören etwa die Abstimmung von Ausbildungsinhalten zwischen (Berufs-)Schule und Betrieben, die Organisation des Unterrichts (z.B. Teilzeit- oder Blockunterricht) sowie die Gestaltung von Bildungsplänen, Zusatzqualifikationen oder Förderangeboten. Die neuen Beteiligungsrechte stehen ausschließlich den Jugendvertretungen, nicht den Betriebs- oder Personalräten zu. Die „Wirkungsmöglichkeiten“ der JAVen würden damit „aus dem rein betrieblichen Kontext auf die Schnittstelle zwischen Schule und Betrieb erweitert“, erklärt die DGB-Jugend.

Die Gewerkschaftsjugend will jetzt in Kooperation mit den DGB-Gewerkschaften Informationsabende für Hamburger Jugend- und AuszubildendenvertreterInnen veranstalten und arbeitet an einer „Arbeitshilfe“, damit JAVen die neuen Regelungen auch „mit Leben füllen können“.

[www.dgb-hamburg.de](http://www.dgb-hamburg.de)

Otto-Brenner-Preis

## Preis für Afghanistan-Reportage

Zum fünften Mal verleiht die Otto-Brenner-Stiftung der IG Metall in diesem Jahr den „Otto Brenner Preis 2009 für Kritischen Journalismus“ – und seit Ende Oktober stehen die PreisträgerInnen fest: Der mit 10 000 Euro dotierte **1. Preis** geht an Marc Thörner für seine Hörfunk-Reportage „Wir respektieren die Kultur – Im deutsch kontrollierten Norden Afghanistans“ (*Deutschlandfunk*). Thörner hatte unter anderem intensiv zum Todesurteil gegen den afghanischen Journaliststudenten Pervez Kaambaksh recherchiert und liefere „eine dringend notwendige und preiswürdige Korrektur der Berichterstattung über die wahren Begünstigten der Kämpfe deutscher Soldaten am Hindukusch“, so die Jury.

Der **2. Preis** geht an das ZDF-Autorenteam Ulrike Brödermann und

Anzeige

**Das Pflegezeitgesetz**  
 Ein Leitfaden für die arbeitsrechtliche Praxis  
 Dr. Sebastian Hopfner et al.  
 2009, 64 S.,  
 17 x 24 cm, kart.,  
 10,80 €  
 ISBN 978-3-89952-471-0  
[www.vvw.de](http://www.vvw.de)

Michael Stropfen für ihre Dokumentation „Der gläserne Deutsche – wie wir Bürger ausgespäht werden“. Den **3. Preis** erhält Simone Sälzer (*Passauer Neue Presse*) für ihre 14-teilige Serie „Leben in Würde“.

Verliehen werden die Preise am 17. November im Rahmen der Jahrestagung der Otto-Brenner-Stiftung in Berlin. Ausführliche Informationen zu den PreisträgerInnen sowie den Preisen in den Kategorien „Spezial“ und „Medienprojektpreis“ gibt es online. [www.otto-brenner-preis.de](http://www.otto-brenner-preis.de)



**Unter die Lupe** nimmt der Sozialwissenschaftler Tobias Müller in seinem Buch *Was haben die Hartz-Reformen bewirkt?* die wohl umfassendste Reform der deutschen Arbeitsmarktpolitik. Er beleuchtet volkswirtschaftliche Arbeitsmarkttheorien und ihre Erklärung von Arbeitslosigkeit. Mit Blick auf die sich daraus ableitenden Strategien untersucht er die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesrepublik. Anspruch, Konzeption und Instrumente der Hartz-Reformen werden so erläutert und kritisch diskutiert. Müller führt zur Umsetzung und Bewertung der Hartz-Reformen sowohl ökonomische, historische, politische als auch psychosoziale Dimensionen von Arbeitslosigkeit zusammen: ein Nachschlagewerk zur deutschen Arbeitsmarktpolitik.

Tobias Müller: *Was haben die Hartz-Reformen bewirkt? Zu Ausmaß, Ursachen und Folgen der Arbeitslosigkeit in Deutschland.* Weißensee Verlag, Berlin 2009, 284 Seiten, 38 Euro.

## interregio

Um den Anstieg arbeitsrechtlicher Klagen, insbesondere bei den **Kündigungsschutzklagen**, bewältigen zu können, fordert der **DGB Baden-Württemberg** mehr Richterstellen am Landesarbeitsgericht. Die Zunahme von Kündigungsschutzverfahren aufgrund der Wirtschaftskrise, die Baden-Württemberg besonders hart getroffen habe, führe zu einer deutlichen Verlängerung der Verfahrensdauer an den Arbeitsgerichten. Es müssten mindestens 21 Richterstellen neu geschaffen werden, fordert der DGB-Landesvorsitzende Rainer Bliesener.

[www.bw.dgb.de](http://www.bw.dgb.de)

Der **DGB Sachsen-Anhalt** und der Landesfrauenrat Sachsen-

Anhalt laden gemeinsam zu **Info-tagen** ein, um über die EU-Strukturpolitik im Bundesland zu informieren. Vom 16. bis 20. November gibt es jeweils eintägige Veranstaltungen in vier Städten mit einem Überblick über Förderprogramme in der Förderperiode 2007 bis 2013: In diesem Zeitraum stellt die EU aus dem Europäischen Sozialfonds und dem Fonds für regionale Entwicklung rund 2,5 Milliarden Euro bereit, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Sachsen-Anhalt zu unterstützen. Die Termine: 16.11. in Halle/Saale, 17.11. in Halberstadt, 18.11. in Dessau-Roßlau und 20.11. in Magdeburg, jeweils von 10 bis 16 Uhr.

[www.sachsen-anhalt.dgb.de](http://www.sachsen-anhalt.dgb.de)

Tagung

## Neue Väter

Die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) und das Institut für sozialwissenschaftlichen Transfer (SowiTra) haben in einem Forschungsprojekt die Auswirkungen des 2007 eingeführten Elterngelds untersucht. Auf der Fachtagung „Der Beitrag des neuen Elterngelds zu Vereinbarkeit und Geschlechtergleichstellung im Betrieb“ stellen HBS und SowiTra die Ergebnisse am 13. November in Berlin vor. Ein Resümee: Die beabsichtigte „stärkere Einbeziehung von Vätern in die Familienarbeit“ sei für viele Betriebe, aber auch für viele Väter, „noch eine Herausforderung“.

[www.einblick.dgb.de/links](http://www.einblick.dgb.de/links)

# GEWERKSCHAFTEN

Studierende und Gewerkschaften

## Campus Offensive

Viele Studierende kommen im Studium erstmals mit der Arbeitswelt in Kontakt – ob als PraktikantIn oder NebenjobberIn. Doch mit Gewerkschaften haben viele bisher noch wenig am Hut. Das wollen die Gewerkschaften durch neue Strategien an den Hochschulen ändern.

Für etliche junge Menschen hat am 1. Oktober ein neuer Lebensabschnitt begonnen – das Studium. Laut Statistischem Bundesamt steigt seit Ende der 1990er Jahre

Zielgruppe mit speziellen Ansprüchen und einem Hintergrund, der oft nicht gerade gewerkschaftsnah ist“, weiß Frank Rzeppa, Referatsleiter im Bereich Organisations-



Foto: www.verdi-campus.de

**Für bessere Bedingungen an den Hochschulen, mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem oder ein gebührenfreies Studium – Studierende sind bereit, sich einzubringen: Mitglieder der ver.di-Campus-Gruppe Duisburg-Essen beim Bildungsstreik in Essen im April 2009.**

die Zahl der StudienanfängerInnen und hat sich seit 2003 bei rund 2 Millionen eingependelt – doch nur gut 32 000 der StudentInnen sind Mitglied in einer DGB-Gewerkschaft. Dabei wird ein Großteil der Studierenden nach dem Abschluss abhängig beschäftigt sein. Nach einer IAB-Prognose steigt der Anteil der höher Qualifizierten auf dem Arbeitsmarkt bis 2030 um rund fünf Prozent auf dann 33,2 Prozent. Zudem sind viele heute schon durch Nebenjobs und Praktika in der Arbeitswelt tätig. Deshalb steht für die Gewerkschaften fest: Studierende müssen in die gewerkschaftliche Arbeit eingebunden werden.

Seit 2003 engagieren sich GewerkschafterInnen verstärkt in Campus Offices und Hochschulinformationsbüros (HiBs), um Studierende bei der Berufswahl zu beraten oder sie bei Fragen zu Nebenjobs und Praktika zu unterstützen. „Doch Studierende sind eine

politik beim DGB-Bundesvorstand und Mitglied der Arbeitsgruppe „Organizing an HiBs und Campus Offices“. „Darum müssen wir neue Wege gehen“, fordert er. Allem voran steht das Organizing. Mit dieser Strategie sollen Menschen aktiviert werden, ihre Interessen selbstständig zu vertreten und Probleme anzugehen. Die Gewerkschaften begleiten den Prozess und bringen ihren Sachverstand, ihre Infrastruktur und ihre Unterstützung mit ein.

Wie erfolgreich gewerkschaftliches Organizing sein kann, zeigt die Praktikums-AG an der TU Braunschweig. Johannes Katzan vom Hochschulinformationsbüro der IG Metall erklärt, wie es dazu kam: „Wichtig war für uns, dass wir keine Themen vorgegeben haben, sondern in Gesprächen mit Studierenden und der Fachschaft geklärt haben, welche Themen ihnen wichtig sind.“ Das Thema Praktikum rückte schnell in den Mittelpunkt,

da alle Studierenden in den Studiengängen Maschinenbau und Elektrotechnik Pflichtpraktika absolvieren müssen. Ein wichtiger Schritt war die gemeinsame Erarbeitung einer Umfrage unter den Studierenden zum Thema. „Dort haben fast 40 Menschen mitgearbeitet, die wenigsten waren Gewerkschaftsmitglied.“ Die Umfrage ergab, dass fast 80 Prozent aller Praktikanten keinen Kontakt zu Betriebsräten haben. An dieser Stelle wurde die Gewerkschaft aktiv: Sie vernetzt nun Studierende mit Betriebsräten, betreibt eine Praktikabörse und stellt Infomaterial über Rechte und Pflichten bereit. Durch die kontinuierliche Arbeit ist die IG Metall in Braunschweig heute anerkannter Partner und Ratgeber. „Bei der Umstellung der Studiengänge auf Bachelor hat sich die Universität als erstes an uns gewandt, um unsere Meinung in Sachen Praktikum zu hören“, betont Katzan. „Das ist ein Erfolg.“

Erfolgreiche Pionierarbeit leistet auch die ver.di-Campus-Gruppe an der Universität Duisburg-Essen. Hervorgegangen ist die Gruppe aus den Protesten gegen Studiengebühren im Jahr 2004. Seitdem haben die Mitglieder ihre KommilitonInnen zu zahlreichen Aktionen aktivieren können: Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm oder die Teilnahme am europäischen Sozialforum in Malmö. „Die Leute wollen sich engagieren“, weiß Caroline Heß, Sprecherin der Gruppe. Dabei geht es nicht nur um „große“ politische Themen, sondern auch um alltägliche Probleme an der Uni. „Jeder kann und soll sich gleichberechtigt einbringen können“, betont Heß. Ein Schlüssel zum Erfolg ist das Internet. Soziale Netzwerke wie Facebook oder Videos auf Youtube: Vor allem das Web 2.0 eigne sich hervorragend für die aktivierende Gewerkschaftsarbeit. Denn klar ist: Studierende müssen dort abgeholt werden, wo sie sind - auf dem Campus, im Internet und auch in der Arbeitswelt. ●

## Voneinander lernen

**Studierende und Gewerkschaften zusammen zu bringen, das versuchen bundesweit mehr als 30 gewerkschaftliche Campus Offices und Hochschulinformationsbüros (HiB). Mehrere Veranstaltungen sollen die Vernetzung und den Erfahrungsaustausch vor Ort befördern.**

✳ **Vom 6. bis 8. November veranstaltet die Initiative students@work einen Vernetzungsworkshop in Hamburg-Sasel, zu dem alle ehren- und hauptamtlichen GewerkschafterInnen und Interessierte eingeladen sind.**

✳ **Die IG Metall Baden-Württemberg und das DGB-HiB Karlsruhe laden am 19.11. zu einem Workshop nach Karlsruhe ein. Das Thema: „Studierende an (dualen) Hochschulen aktivieren“.**

✳ **Und am 30. November wollen die Kooperationsstelle Hochschule und Gewerkschaften Hannover-Hildesheim und die IG Metall Niedersachsen unter dem Motto „Organizing & Campus“ Interessierte und Aktive bei einem Workshop in Hannover zusammenbringen.**

Mehr zum Thema unter [www.students-at-work.de](http://www.students-at-work.de) und [www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)

## kurz&bündig



Die GEW beteiligt sich an den deutschen Aktionen der weltweiten Kampagne „1 GOAL – Bildung für alle“ anlässlich der Fußball-WM 2010 in Südafrika. Die Kampagne macht auf die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen aufmerksam, die allen Kindern bis 2015 das Recht auf Bildung und den Schulbesuch garantieren sollen.



Die NGG hat ihre sozialpolitischen Forderungen an die Fraktionen der im Bundestag vertretenen Parteien übergeben. Die sechs „Schlaglichter“ behandeln unter anderem die Ausgestaltung des Gesundheitssystems, die Arbeitsmarkt- und die Rentenpolitik sowie die Sozialversicherungspflicht für Minijobs.



Die GdP kritisiert, dass der Polizei durch den Kompromiss der schwarz-gelben Koalition zur Vorratsdatenspeicherung ein wichtiges Instrument zur Verhinderung von Straftaten „aus der Hand geschlagen wird“. Für den Schutz der Menschen vor Kriminalität sei der polizeiliche Zugriff auf elektronische Kommunikationswege notwendig. Das habe nichts mit polizeilicher Datensammelwut zu tun.



Die IG BCE hat für ihre Mitglieder einen neuen Internet-Shop eingerichtet. Auf dem Online-Portal können Werbe- und Organisationsmittel sowie Drucksachen und Präsenze erstanden werden. [www.igbce-shop.de](http://www.igbce-shop.de)

## EFFAT-Kongress

### Charta gegen prekäre Arbeit

Die europäischen Gewerkschaften der Lebensmittel-, Agrar- und Tourismusbranche wollen künftig gemeinsam intensiv gegen prekäre Beschäftigung vorgehen. Das haben die TeilnehmerInnen des EFFAT-Kongresses am 21. Oktober in Berlin beschlossen und eine „Charta gegen prekäre Beschäftigung“ verabschiedet. Der europäische Gewerkschaftsdachverband EFFAT (European Federation of Food, Agriculture and Tourism Trade Unions) hat 120 Mitgliedsgewerkschaften aus 35 Ländern – deutsche Mitglieder sind die NGG und die IG BAU.

Ziel des EFFAT-Kongress sei gewesen, das Vorgehen gegen prekäre Beschäftigung sowie gegen Sozial- und Lohndumping europaweit zu koordinieren, „um sich nicht in einem europaweiten Unterbietungswettbewerb auszuspielen zu lassen“, so EFFAT-Generalsekretär Harald Wiedenhofer. Der NGG-Vorsitzende und EFFAT-Vize Franz-Josef Möllenberg forderte anlässlich des Kongresses erneut einen gesetzlichen Mindestlohn für Deutschland

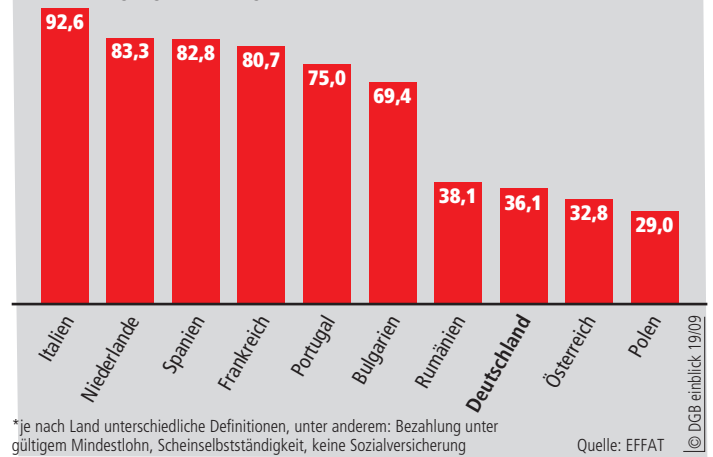
ein. „Ich prognostiziere – und das hat nichts mit Optimismus zu tun –, dass spätestens zum 1. Mai 2011, wenn europaweit die volle Arbeitnehmer-Freizügigkeit gilt, auch eine schwarz-gelbe Regierung die Realität erkennen muss und eine gesetzliche Lohnuntergrenze schafft“, so Möllenberg. Dass das dringend nötig ist, bestätigte auch Ole Wehlast, Präsident der dänischen

Gewerkschaft NNF, die unter anderem die dänischen Schlachtbetriebe organisiert. Deutschland, besonders Norddeutschland, entwickle sich in dieser Branche zum „Wildwest-Land ohne Tariflöhne“. Jährlich würden sieben Millionen Schweine von Dänemark in deutsche Schlachthöfe transportiert, in denen Niedrigstlöhne gezahlt werden. Das habe in Dänemark bereits „2500 Arbeitsplätze von hoch qualifizierten Fachkräften vernichtet“, so Wehlast. •

[www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)

### Prekäre Landwirtschaft

Anteil der ArbeitnehmerInnen in der Landwirtschaft mit prekären Arbeitsbedingungen\* in ausgewählten Ländern 2008 (in Prozent)



## ČMKOS Tschechien

### Keine EU-Bürger zweiter Klasse

Der tschechische Gewerkschaftsbund ČMKOS setzt sich dafür ein, den Ratifizierungsprozess des Lissabon-Vertrags in Tschechien schnellstmöglich abzuschließen. Tschechien ist das letzte EU-Land, in dem der Vertrag noch nicht ratifiziert ist. ČMKOS warnt davor, der Forderung des tschechischen Präsidenten Vaclav Klaus nachzukommen, die mit dem Vertrag verbundene EU-Grundrechtecharta für Tschechien auszuschließen. Dies würde „den Bürgern unseres Landes die Möglichkeit verwehren, bei Verletzungen ihrer durch die Grundrechtecharta verbrieften

Sozial-, Arbeitnehmer- und sonstigen Menschenrechte, diese bei den Organen der EU geltend zu machen“, heißt es in einer Entschliebung. Die ČMKOS wende sich dagegen, die tschechischen Bürger zu EU-Bürgern zweiter Klasse zu machen.

Klaus begründet seine Forderung nach Aussetzung der Charta mit dem Schutz vor Rückgabeforderungen, die nach dem Zweiten Weltkrieg vertriebene Sudetendeutsche stellen könnten. Nach Ansicht von Rechtsexperten ist eine rückwirkende Anwendung des Lissabon-Vertrags aber ohnehin nicht möglich.

Klaus will erst unterschreiben, wenn seine Ausnahmeforderung erfüllt ist und das tschechische Verfassungsgericht über eine Klage

gegen den Vertrag entschieden hat. Das Gericht kündigte ein Urteil für den 3. November an. •

## EAdA

### Alles neu

Die Akademie der Arbeit wurde offiziell umbenannt: Am 14. Oktober wurde der neue Name – „Europäische Akademie der Arbeit“ (EAdA) – über dem Eingang des EAdA-Gebäudes an der Universität Frankfurt am Main enthüllt. Seit diesem Jahr hat die Akademie der Arbeit außerdem einen neuen Direktor: Der Arbeitsrechtler Prof. Dr. Peter Wedde, spezialisiert auf Datenschutz und Arbeitsrecht in der Informationsgesellschaft, lehrte zuvor an der Frankfurter Fachhochschule. •

[www.akademie-der-arbeit.de](http://www.akademie-der-arbeit.de)

Ein Jahr nach dem Bildungsgipfel

## Bildungspolitik als Mathe-Olympiade

Statt Reformen im Bildungswesen Rechenschiebertricks – die Bilanz der Bildungspolitik von Bund und Ländern, die Matthias Anbuhl (DGB) ein Jahr nach dem Bildungsgipfel in Dresden zieht, ist ernüchternd.

Angela Merkel hätte **kaum einen größeren Anspruch** wählen können, als sie vor einem Jahr zum 60. Jahrestag der Sozialen Marktwirtschaft kurzerhand die Bildungsrepublik Deutschland ausrief. Wohlstand für alle heiße heute Bildung für alle, verkündete die Bundeskanzlerin – und lud die Ministerpräsidenten nach Dresden zu einem Bildungsgipfel ein.

Der Vorstoß der Kanzlerin überraschte, hatte Merkel zuvor doch **den Bund** mit der Föderalismus-Reform **bildungspolitisch weitgehend entmachtet**. Entsprechend reserviert reagierten die Bundesländer. Unverblümt sagte Sachsen-Anhalts Regierungschef Wolfgang Böhmer: „Ich erwarte, dass der Bildungsgipfel nach drei Stunden vorbei ist. Ich habe ihn nicht erfunden. Bildung ist eindeutig Ländersache.“

Die Ministerpräsidenten ließen sich in Dresden nur auf wenige Ziele ein, ohne deren konkrete Umsetzung zu fixieren. Die Ausgaben für Bildung und Forschung sollen auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) steigen, die Zahl der Schulabbrecher und der jungen Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung halbiert werden. Mehr Menschen sollen ein Studium aufnehmen und sich weiterbilden. Für ein Drittel der Kinder, die jünger als drei Jahre sind, müsse ein Krippenplatz bereit stehen.

Nimmt man diese Ziele ernst, hätten Bund und Länder fortan alle Hände voll zu tun. Der Nationale Bildungsbericht zeigt das. Noch immer leben in Deutschland rund vier Millionen Menschen, die nicht richtig lesen und schreiben können. 1,5 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren haben keine abgeschlossene Ausbildung. Mehr als 70 000 verlassen pro Jahr die Schule ohne einen Abschluss. Kurzum: **Der Weg in die Bildungsrepublik Deutschland ist weit.**

Ein Jahr nach dem Gipfel fällt die Bilanz ernüchternd aus. Die Minister verstehen die Bildungsziele als Rechenaufgabe. Geht es um die Zahl der Schulabbrecher, den Ausbildungsmarkt oder die Bildungsausgaben – **überall werden die Bilanzen frisiert, geschönt oder gefälscht**. So entwickelt sich Bildungspolitik zur Mathe-Olympiade.

**Den Anfang machten die Kultusminister.** Sie beschlossen eine Änderung der Schulabbrecher-Statistik. Zählte man dort bisher alle Jugendlichen, die nicht mindestens einen Hauptschulabschluss erreicht haben, wurde dieser Maßstab nun geändert. Fortan gelten auch Sonderschüler nicht als

Abbrecher – selbst wenn sie auf dem Arbeitsmarkt kaum eine Chance haben. So ließe sich die Zahl der Abbrecher allein in seinem Land halbieren, sagte Mecklenburg-Vorpommerns Bildungsminister Henry Tesch offenherzig.

**Ähnlich schaut es auf dem Ausbildungsmarktaus.** In diesem Herbst verkündeten die Partner des Ausbildungspakts erneut eine entspannte Lage.



**Matthias Anbuhl, 39, leitet den Bereich Bildung, Qualifizierung und Forschung beim DGB-Bundesvorstand.**

Nur 9600 Jugendlichen fehle noch ein Ausbildungsplatz. Dass rund 74 000 Jugendliche, die händeringend eine Ausbildung suchen, in Warteschleifen geparkt wurden, erwähnte man nicht. Diese Jugendlichen werden in der Statistik schlicht als versorgt geführt. **Nicht besser machten es die Finanzminister.** Sie sollten die Investitionen für Bildung und Forschung auf 10 Prozent des BIP anheben. Nimmt man die Zahlen der OECD, hätten mehr als 32 Milliarden Euro in das deutsche Bildungssystem fließen müssen. Die Minister stört das nicht. Ihr Motto: Taschenrechner anschalten und sehen, was möglich ist. So verbuchten sie ganz neue Posten im Bildungsetat. Das Kindergeld, Pensionen für Lehrer und Professoren sowie die Sanierung von Gebäuden zählen dazu. Und siehe da: Deutschland hatte **das 10 Prozent-Ziel erreicht, ohne auch nur einen Cent zusätzlich ins Bildungswesen zu stecken.**

Mit dem wahren Leben hat das nichts zu tun: Während Eltern über Unterrichtsausfall und fehlende Kita-Plätze klagen, haben sich viele Kultusbürokraten in ihrer Parallel-Gesellschaft eingerichtet. Unliebsame Begegnungen mit der Wirklichkeit stören nur.

Wenn internationale Bildungsexperten die Defizite des deutschen Bildungswesens aufzählen, reagieren viele deutsche Politiker folglich mit Häme und Spott. Es soll gar Minister geben, die sich weigern, mit dem UN-Bildungsbeauftragten Vernor Munoz oder dem internationalen PISA-Koordinator Andreas Schleicher (OECD) vor die Presse zu treten. Das rüde Verhalten einiger deutscher Politiker könnte einen triftigen Grund haben: **Internationale Statistiken dürfen sie nicht frisieren.** ●

## DGB fordert Milliarden-Paket

*Zum Jahrestag des Bildungsgipfels hat DGB-Vize Ingrid Sehrbrock die neue Bundesregierung aufgefordert, ein „Milliarden-Paket“ für das Bildungswesen zu schnüren: „Es reicht nicht, wenn*

*Schwarz-Gelb pauschal verkündet, am 10-Prozent-Ziel festhalten zu wollen. Wir brauchen ein konkretes Milliarden-Programm.“ Mit rund 13 Milliarden Euro pro Jahr ließen sich etwa 40 000 Sozialarbeiter an Ganztagschulen, 28 000 wissenschaftliche Stellen an Hochschulen, der Ausbau des BAföGs, bessere Angebote und Beratung in der Weiterbildung sowie die Abschaffung der Kindergarten-Gebühren finanzieren.*

*Der Ökonom Roman Jaich hat in einer Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung berechnet, wie viel Geld das Bildungswesen pro Jahr bräuchte, um die wichtigsten Verbesserungsvorschläge von Experten umzusetzen. Danach summiert sich der zusätzliche Bedarf in allen Etappen der Bildungslaufbahn – für den Ausbau von Kitas und Ganztagschulen, eine bessere Ausstattung der Hochschulen und mehr Weiterbildung – auf jährlich 36,94 Milliarden Euro. Der Staat müsste 27,75 Milliarden mehr besteuern, Unternehmen und Privatpersonen den Rest.*

Mehr Infos: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

### SITTENWIDRIGE LÖHNE: Das soll Gesetz werden

**Abgesehen davon, dass Schwarz-Gelb mit einem Gesetz gegen sittenwidrige Löhne etwas verbieten will, das durch gängige Rechtsprechung längst verboten ist: Auch die Höhe der dadurch gesetzlich „abgesicherten“ Löhne ist in vielen Branchen eine Farce. „Erlaubt“ wären teils Löhne ab knapp zwei Euro pro Stunde. Was die neue Koalition als Vorgehen gegen Dumpinglöhne verkauft, ist das exakte Gegenteil: Niedrigstlöhne werden vielmehr vom Gesetzgeber noch offiziell legitimiert.**

Sittenwidrigkeitsgrenze (hier: Unterschreitung der untersten Tarifvergütung um ein Drittel) bei den Stundenlöhnen verschiedener Branchen (in Euro), Stand: Oktober 2009

Friseurhandwerk Sachsen	2,04
Privater Transport und Verkehr Sachsen-Anhalt	3,64
Bewachungsgewerbe Berlin	3,66
Steine-Erden-Industrie Thüringen	4,55
Hotels und Gaststätten Hamburg	4,79
Systemgastronomie West und Berlin-Ost	4,80
Floristik West	5,15
Erwerbsgartenbau Rheinland-Pfalz	5,15
Einzelhandel NRW	5,15
Kunststoffindustrie Ost (ohne Berlin/Brandenburg)	5,45
Öffentlicher Dienst der Gemeinden West	5,59
Feinkeramische Industrie Nord- und Westdeutschland	5,96
Druckindustrie Ost (ohne Brandenburg)	7,22

Quelle: WSI | © DGB einblick 19/09

### personalien

- **Marion von Wartenberg**, 51, stellvertretende Vorsitzende des DGB Baden-Württemberg, ist von der Präsidialversammlung des Deutschen Evangelischen Kirchentags ins Präsidium des Kirchentags gewählt worden. Von Wartenberg ist seit Mai 2008 DGB-Vize in Baden-Württemberg und war zuvor Klinik- und Altenseelsorgerin der evangelischen Landeskirche Württemberg sowie Dozentin an einer Kranken- und Altenpflegeschule.
- **Maria Helena André**, 49, vom portugiesischen Gewerkschaftsbund UGT, bisher stellvertretende Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), ist von Portugals

Ministerpräsident José Sócrates als Arbeits- und Sozialministerin ins neue portugiesische Kabinett berufen worden.

### 14 TAGE

mehr Infos: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

- **3.11.** DGB und Hans-Böckler-Stiftung, 3. Hochschulpolitisches Forum „Leitbild Demokratische und Soziale Hochschule“, Berlin
- **4.11.** DGB, Hans-Böckler-Stiftung und Europäisches Gewerkschaftsinstitut, Konferenz „CSR – Mitbestimmung in transnationalen Unternehmen?“, Frankfurt am Main
- **6.-8.11.** attac, Konferenz „attac-Herbstratschlag“, Leipzig

- **6.-8.11.** DGB - Jugend, Workshop „Vernetzungstreffen students@work“, Hattingen
- **7.11.** IG Metall, Konferenz „BR-Wahlen 2010 – Kompetenz für Gute Arbeit“, Leipzig
- **9.11.** ver.di, Kooperationsstelle Hochschule und Gewerkschaften, Aktionstag „science day 2009: Wege aus der Krise – Die Zukunft durch nachhaltiges Wirtschaften neu gestalten“, Hannover
- **12.11.** DGB Nord, Konferenz „Work-Life-Balance im Ostseeraum – Frauen zwischen Pflege und Beruf“, Neubrandenburg
- **12.11.** DGB, Fachtagung „Umdenken – Gegenlenken: Mit guter Bildung aus der Krise“, Berlin
- **12./13.11.** ver.di-Fachbereich Gemeinden, Konferenz „JAV- und

- Personalräte-Forum 2009: Öffentlich ist wesentlich – Krisenbewältigung erfordert Personalräte“, Kassel
- **13.11.** GEW, Veranstaltung „FrauenStärken im Schulbereich. Handlungsansätze zur Verwirklichung der Entgeltgleichheit von Lehrkräften“, Karlsruhe
- **13./14.11.** GEW, Strategietagung „Der Krise trotzen – Millenniumsziele verwirklichen“, Steinbach
- **16.11.** DGB, 12. Schöneberger Forum 2009, Berlin
- **16./17.11.** DGB, Workshop „Verknüpfung von Familie und Beruf – Querschnittsthema gewerkschaftlicher Bildungsarbeit“, Hannover
- **16./17.11.** ver.di Niedersachsen-Bremen, Workshop „Betriebsräte vor der Wahl: Reflektieren, Analysieren, Optimieren“, Hannover

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlfeld, Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de), E-Mail: [redaktion@einblick.info](mailto:redaktion@einblick.info) **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: [bettina.muetzel@berlin.de](mailto:bettina.muetzel@berlin.de) **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.) Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

### Schlusspunkt.

**„Das ist ungefähr so, als ob man einem Obdachlosen sagt, dass er seine Hausratversicherung jetzt von der Steuer absetzen kann.“**

Comedian Oliver Welke über die Entscheidung der schwarz-gelben Koalition, das Schonvermögen für Hartz-IV-EmpfängerInnen anzuheben (heute-show, ZDF, 20. Oktober 2009).

### Soldatenversorgungsrecht

#### Entschädigung bei Bestrahlung

Erleidet ein Soldat während seiner Dienstzeit eine Wehrdienstbeschädigung, so ist dies zu entschädigen.

**Der Fall:** Ein Zeitsoldat war als Generatormechaniker und Hochfrequenzfunktechniker bei einer Nato-Einrichtung tätig. Bei Überprüfungs- und Wartungsarbeiten an Kurzwellensende- und Empfangsgeräten sowie Richtfunkgeräten war er Röntgenstrahlung ausgesetzt. 1992 wurde Leukämie diagnostiziert. Zwei Jahre später verstarb er im Alter von 38 Jahren an den Folgen dieser Erkrankung. Eine Entschädigung lehnte die Wehrbereichsverwaltung mit der Begründung ab. Die Klage der Witwe auf Entschädigung hatte Erfolg.

**Das Landessozialgericht:** Voraussetzung für einen Entschädigungsanspruch ist, dass die Erkrankung ihre Ursache in einer dem Wehrdienst zuzuordnenden schädigenden Einwirkung hat. Dieser ursächliche Zusammenhang muss mit Wahrscheinlichkeit vorliegen. Besteht in der medizinischen Wissenschaft insoweit Ungewissheit, reicht ausnahmsweise auch ein möglicher Zusammenhang aus. Hier von ist bei einer nicht unerheblichen Strahlenexposition und einer Leukämieerkrankung auszugehen.

*Hessisches Landessozialgericht,  
Urteil vom 29. April 2009 - L 4 VS 1105*

### Unfallversicherungsrecht

#### Outdoor-Aktivitäten nicht versichert

Wird im Rahmen eines Teammeetings die Teilnahme an einer Canyoning-Tour angeboten, so ist diese weder als Betriebssport noch als betriebliche Gemeinschaftsveranstaltung unfallversichert.

**Der Fall:** Die Abteilungsleiterin eines Wirtschaftsprüfungsunternehmens verletzte sich beim Abseilen auf einer Canyoning-Tour am Auge. Die 42-jährige Frau hatte ihre Mitarbeiter zum Dank für die erfolgreiche Arbeit zu einer betrieblichen Motivationsveranstaltung ins Allgäu eingeladen. Neben Fachbeiträgen und Informationen über die Entwicklung der Abteilung wurde auch ein „spannendes und abwechslungsreiches Programm“ angeboten. Im Rahmen dieser Tour durchquerten die Teilnehmer eine Schlucht mittels Abseilen, Klettern, Springen, Rutschen, Schwimmen und Tauchen. Hierbei verletzten sich mehrere Mitarbeiter. Den Antrag der verletzten Abteilungsleiterin auf Entschädigung lehnte die Berufsgenossenschaft ab.

**Das Landessozialgericht:** Die Teilnahme an einer Freizeit- und Erholungsveranstaltung ist nicht bereits deshalb unfallversichert, weil sie vom Unternehmen organisiert und finanziert wird. Vielmehr muss die Veranstaltung dazu geeignet sein, die Verbundenheit zwischen Unternehmensleitung und Beschäftigten sowie der Beschäftigten untereinander zu fördern. Dies setzt voraus, dass grundsätzlich alle Beschäftigten im Stande sind, an der Veranstaltung teilzunehmen. Wegen der besonderen Anforderungen an die körperliche Fitness spricht eine Canyoning-Tour jedoch nicht die Gesamtheit der Beschäftigten an. Die Teilnahme an der Canyoning-Tour ist auch nicht der betrieblichen Tätigkeit der verletzten Frau zuzurechnen, da sie nicht zu den arbeitsvertraglichen Pflichten der Abteilungsleiterin gehört. Betriebssport wird nur vom Unfallversicherungsschutz erfasst, wenn er regelmäßig durchgeführt wird. Zudem muss er dazu dienen, die körperliche Fitness zu erhalten. Dies ist für das einmalige Canyoning zu verneinen.

*Hessisches Landessozialgericht,  
Urteil vom 30. April 2009 - L 3 U 249/08*

### Posttraumatische Störung

#### Kann Berufskrankheit sein

Ein Entwicklungshelfer, der jahrelang in Krisengebieten mit Erschießungen, Gewalt, Tod, Vergewaltigung, Krieg und schweren Verkehrsunfällen konfrontiert war, kann an einer posttraumatischen Belastungsstörung erkrankt sein. Nach neueren wissenschaftlichen Studien sind Personen, die immer wieder existenziellen psychischen Belastungen ausgesetzt sind, in erheblich höherem Maß einem solchen Erkrankungsrisiko ausgesetzt. Damit kann eine entsprechende psychische Erkrankung wie eine Berufskrankheit anerkannt werden.

*Landessozialgericht Baden-Württemberg,  
Urteil vom 14. Mai 2009 - L 6 U 845/06*

### Sozialhilfe

#### Bestattungskosten werden übernommen

Eine mittellose Witwe hat trotz leistungsfähiger Verwandtschaft Anspruch auf Übernahme der Kosten für die Bestattung des verstorbenen Ehemanns gegenüber dem Sozialleistungsträger.

*Bundessozialgericht,  
Urteil vom 29. September 2009 - B 8 SO 23/08 R*

### Warnstreik

#### Teilnahme ist kein Kündigungsgrund

Die Teilnahme an einem Warnstreik rechtfertigt keine fristlose Kündigung. Der Auffassung der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, dass eine solche Kündigung eine unzulässige Beeinträchtigung des Streikrechts darstellt, ist zu folgen.

*Arbeitsgericht Berlin,  
Beschluss vom 14. Oktober 2009 - 1 Ga 18360/09*

### Interessenausgleich

#### Bei wesentlichem Betriebsteil

Legt der Arbeitgeber im Kleinbetrieb (13 Arbeitnehmer) einen abgrenzbaren Teil still, ist eine interessenausgleichspflichtige Betriebsänderung gegeben, wenn der Teil „wesentlich“ für den Betrieb war. Der Betriebsteil ist als wesentlich anzusehen, wenn in ihm mindestens 30 v.H. der Arbeitnehmer beschäftigt waren. Dabei kommt es auf die im stillgelegten Teil vorhandenen Arbeitsplätze an, so dass auch Arbeitnehmer zu berücksichtigen sind, die ohnehin wegen Erreichens der Altersgrenze ausscheiden.

*Landesarbeitsgericht Nürnberg,  
Urteil vom 21. September 2009 - 6 Sa 808/08*

### Betriebsstilllegung

#### Kündigung auch während der Elternzeit

Die für den Arbeitsschutz zuständige Behörde muss in aller Regel dem Antrag auf Zulassung der Kündigung eines in Elternzeit befindlichen Arbeitnehmers stattgeben, wenn der Betrieb stillgelegt worden ist. Bei der dauerhaften Stilllegung eines Betriebs liegt ein besonderer Fall im Sinne des Gesetzes vor, der die Arbeitsschutzbehörden ermächtigt, der Kündigung von Arbeitnehmern in Elternzeit zuzustimmen.

*Bundesverwaltungsgericht,  
Urteil vom 30. September 2009 - 5 C 32.08*